

# Stellungnahme der **apfl-ÖLI-ug** zum Kapitel „Bildung“ im Regierungsprogramm 2025-2029



## Intro

Im vorliegenden Regierungsprogramm der ÖVP-SPÖ-NEOS-Koalition sehen wir einige ambitionierte Aspekte. Welche der Regierungsvorhaben angegangen, welche aufgrund angekündigter Budgetkürzungen umgesetzt und welche allein Schlagworte bleiben werden, wird sich allerdings erst zeigen.

In den letzten Jahrzehnten gab es viele Versäumnisse in der Bildungspolitik. Wir warnen vehement davor den Familiennachzug als alleinigen Sündenbock an den Pranger zu stellen, um von notwendigen Strukturreformen abzulenken.

Viele langjährige Forderungen der apfl-ÖLI-ug werden hier in Angriff genommen. Wir freuen uns, wenn mit dieser Regierung der Grundstein zu einer umfassenden inklusiven, chancengerechten Bildungsreform gelegt wird.

Eines ist jedoch klar: Die apfl-ÖLI-ug als Teil der österreichweiten ÖLI-UG ist bereit, den neuen Bildungsminister Wiederkehr jederzeit tatkräftig zu unterstützen, wenn es um die Einführung eines inklusiven, chancengerechten Bildungssystems in Österreich geht.

## Strukturreform, Schulautonomie, Bürokratieabbau

In diesem Bereich lassen sich einige Vorhaben finden, die wir parteiunabhängigen Lehrer:innen unterstützen.

Eine wirkliche Stärkung der Schulautonomie darf allerdings nicht zu einer Direktionsautonomie verkommen. Eine echte Schulautonomie muss mit der Stärkung eines demokratischen Mitspracherechts des Lehrpersonals einhergehen.

Die Bildungsdirektionen sollen verstärkt einen Servicecharakter aufweisen. Das können wir inhaltlich zur Gänze unterschreiben. Positionen in der Bildungsdirektion sollen transparenter und nachvollziehbarer besetzt werden. Dem ist nichts hinzuzufügen. Österreichweit profitieren vor allem ÖVP und SPÖ von intransparenten Postenvergaben in den neun Bildungsdirektionen. Werden die beiden Koalitionspartner hier wirklich Abstriche machen?

Auch der Punkt Föderalismus ist im Bildungsbereich sehr schwammig formuliert. Klare Aussagen zur Vereinheitlichung der neun Länder-Pflichtschulsysteme und des Bundesschulsystems fehlen aufgrund des drohenden Widerstands der Landesregierungen leider. Es freute uns sehr, wenn die Dreier-Koalition dieses parteipolitische System aufzubrechen vermag.

## Schule als sicherer Ort

Unsere apfl-ÖLI-ug-Forderung nach einem „Safe Space Schule“ fand in diesem Absatz Eingang. Die Richtung ist die richtige: Lehrer:innen und Erziehungsberechtigte dürfen bei diesem gesamtgesellschaftlichen Thema nicht alleine gelassen werden. Die Etablierung multiprofessioneller Teams muss österreichweit umgesetzt werden. Psychosozialer Support soll Lehrer:innen dabei unterstützen, ihren Arbeitsfokus wieder vermehrt auf Unterrichtstätigkeiten legen zu können. Unsere Position, dass Gewaltprävention und Präventionsmaßnahmen die besten Wege sind um Gewalt und Radikalisierung zu verhindern, finden wir im Bildungsprogramm wieder. In diesem Zusammenhang verweisen wir gern auf unsere Position: <https://www.apflug.at/integrationsmodell-apfl-oeli-ug/>

## **Sicherstellung der Beherrschung der Grundkompetenzen**

Die angekündigte Förderpflicht auf Basis der IKM PLUS in den Schulstufen 3, 4, 7 und 8 sowie eine Bildungspflicht und mittlere Reife als Garantie am Ende der Schulpflicht wird ohne kleinere Klassengrößen und zusätzliche Personalressourcen aber wohl in der Kategorie Wunschtraum verbleiben.

## **Attraktivierung für Lehrpersonal**

In mittelgroßen und großen Schulen soll ein mittleres Management eingerichtet werden, das die Schulleitungen entlastet, damit diese Lehrkräfte besser führen und unterstützen, Schulentwicklung vorantreiben und professionalisieren können. Gerade im Pflichtschulbereich fehlen diese administrativen Kräfte eindeutig.

Weitere aus unserer Sicht unterstützenswerte Punkte: Der Quereinstieg für alle Schultypen soll durch größtmögliche und nachvollziehbare Anrechnung von Vordienstzeiten aus der Privatwirtschaft attraktiver gemacht werden. Eine rasche Anerkennung bzw. Nostrifikation ausländischer Qualifikationen für mehr Personal im Bildungsbereich soll forciert werden.

Die Ausbildung von Lehrer:innen soll sich stärker an den praktischen Herausforderungen orientieren (Inklusion, Geschlechtersensibilität, DaF/DaZ etc.)

Bezüglich Entlastung von Lehrkräften zur Attraktivierung des Lehrberufs lässt sich -abgesehen von Reduktion der Dokumentationspflicht und von Bürokratie an Schulen- aber wenig aus dem Regierungsprogramm entnehmen. Supervision und Coaching für Schulleitungen soll ausgeweitet werden, für Lehrer:innen werden diese Angebote aber weiterhin fehlen.

## **Attraktivierung der Funktion der Schulleitungen**

Direktor:innen sollen vermehrt zu Personal- und Schulmanager:innen werden. Um die Schulleitungen in Bezug auf organisatorische, administrative und koordinative Aufgaben zu entlasten, werden die neu geschaffene Funktion einer pädagogisch-administrativen Fachkraft und die bestehenden Schulsekretariatskräfte in Pflichtschulen weiter etabliert. Die Zulagen für Schulleiterinnen und -leiter im Pflichtschulbereich und der Clusterleitungen sollen angehoben werden. Die Angebote für Coaching und Supervision sollen für Schulleitungen ausgeweitet werden.

Unsere Forderung, dass das Kollegium eines Schulstandorts wieder bei Direktionsbestellung Mitsprache haben soll, fehlt aus unserer Sicht ebenso, wie die Einführung von Schulleitungs-Teams auf Zeit.

## **Schulische Bildung**

Eine gemeinsame Schule für ALLE ist unsere apfl-ÖLI-UG Position;

„Schluss mit dem Aufteilen unserer Kinder im Volksschulalter“ ist unsere zentrale Forderung, (siehe <https://oeli-ug.at/schluss-mit-dem-aufteilen-unserer-kinder-im-volksschulalter/>). Für dieses Anliegen haben es sich Expert:innen und Engagierte mittels der Initiative „Gemeinsame Bildung 2.0“ ([www.gemeinsamebildung.at](http://www.gemeinsamebildung.at)) zum Ziel gemacht, für eine chancengerechtere Schule einzutreten. Erfreulich daher, dass die neue Regierung in ihrem Regierungsprogramm (Kapitel „Schulische Bildung“; S.185ff.) „Chancengerechtigkeit steigern“ will. Welche Maßnahmen sind geplant? Ein Ausbau der Ganztagschulen und Gemeinsame Schule, allerdings nur in Form von wissenschaftlich begleitenden Pilotprojekten. Die Absicht eine „Erleichterung von Modellregionen für die gemeinsame Schule“ zu ermöglichen, ist prinzipiell ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, in Anbetracht dessen, dass es diesbezügliche Schulversuche schon seit den 70ern gibt, allerdings weder innovativ noch vielversprechend. Denn es gibt schon längst ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen,

die im Hinblick auf Chancengerechtigkeit den Vorteil einer gemeinsamen Schule gegenüber dem aktuellen segregierenden österreichischen Schulsystem belegt. In den meisten europäischen Ländern gibt es Gesamtschulsysteme. Durch differenzierenden, individualisierenden und inklusiven Unterricht können Kinder mit unterschiedlichen Begabungen gemeinsam gefördert werden. Warum soll das in Österreich nicht möglich sein? Bildungsgesetze können nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit geändert werden. Diese Mehrheit für eine „Gemeinsame Schule“ gab es bisher und gibt es auch aktuell nicht. Das Bekenntnis zur „Steigerung der Chancengerechtigkeit und die angeführten Ideen dazu“ werden nicht zielführend sein. Es bedarf einer nachhaltigen Reform!

Eine gemeinsame Schule für „Auserwählte“ wird den Schüler:innen, in der zur Restschule verkommenen Mittelschule, vor allem im städtischen Bereich keine besseren Zukunftschancen eröffnen. Auch der gutgemeinte "sozialindizierte Chancenbonus" wird nur ein kleines Pflaster auf einer großen Wundstelle sein.

## **Spracherwerb, Deutschförderung, Mehrsprachigkeit**

- Neugestaltung der Sprachförderung zur integrativen Förderung bedeutet hoffentlich ein Hinterfragen der Deutschförderklassen und der damit verbundenen soziale Ausgrenzung. Leider ist weiter unten von einer Weiterentwicklung der DFK die Rede und nicht von deren Abschaffung.
- Eine Überarbeitung des MIKA-D-Tests als Zuweisungsinstrument ist längst überfällig und bedarf einer Ergänzung durch die Expertise der beteiligten Pädagog:innen. Die punktuellen Testungen sind bestenfalls als Teil der Sprachstandsbeobachtungen geeignet.
- Der Besuch einer um Sprachfördermaßnahmen erweiterten Sommerschule für außerordentliche Schüler:innen sollte gratis sein, auf freiwilliger Basis erfolgen und um eine adäquate Freizeitbetreuung analog zu den „Summer City Camps“ erweitert werden.
- Die vorgesehene Erleichterung zur Führung von Mehrstufenklasse ist für die bessere Beschulung von Schüler:innen mit Laufbahnverlust zu begrüßen.
- Unser Vorschlag für quer einsteigende Schüler:innen eine Vorbereitung auf den Schulbesuch in Form von Orientierungsklassen einzurichten wurde erfreulicherweise aufgegriffen
- Die Aufstiegsregeln nach dem Wechsel in den „ordentlichen Status“ sollen aufgeweicht werden. Bisher mussten viele Schüler:innen nach dem Auslaufen der außerordentlichen Beurteilung einen Schuljahresverlust hinnehmen.
- Der Ausbau der DaZ-/DaF-Aus- und Weiterbildungsangebote, sowie das Öffnen des Berufsfelds für Personen mit Zuwanderungshintergrund sind längst überfällig bedarf aber auch noch um die Erweiterung mehrsprachiger Angebote in den Herkunftssprachen der Schüler:innen.

## **Inklusion und multiprofessioneller Support**

Auf den ersten Blick wirkt das Programm der Regierung für diesen Bereich vielversprechend:

- Die Einführung einer eigenständigen Lehramtsausbildung für Inklusion und Sonderpädagogik ist geplant. Zusätzlich soll ein verpflichtendes Modul der inklusiven Pädagogik im Rahmen des regulären Lehramtsstudiums eingeführt werden.
- Die Erkenntnisse aus den Modellregionen für Gesamtschulen bis 12 bzw. 14 Jahre sollen in ein österreichweites inklusives Bildungssystem einfließen.
- Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen künftig einen Rechtsanspruch auf ein 11. und 12. Schuljahr haben, dafür werden entsprechende Lehrpläne entwickelt. In diesem Zusammenhang soll auch ein schrittweiser Ausbau eines barrierefreien und inklusiven Bildungsangebots in der Sekundarstufe II mit dem Ziel, die Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, erfolgen.

- Der sonderpädagogische Förderbedarf inklusive bedarfsgerechter Ausstattung (genauere Definition der Vorgaben) wird neu konzipiert werden, bis dahin wird die Deckelung für sonderpädagogische Förderung von 2,7 Prozent auf 4,5 Prozent angehoben.
- Die Sonderschulen und FIDS (Fachbereich Inklusion, Diversität und Sonderpädagogik) werden weiterentwickelt, es sollen vermehrt Integrationsklassen an diesen Standorten eröffnet werden.
- Die Ganztagsbetreuung soll auch an inklusiven Schulen finanziert werden und die Kosten für die Schullassistenten für Schülerinnen und Schüler, die ein Recht auf Schullassistenten haben, werden nicht mehr von den Gemeinden zu tragen sein.
- Es werden Strukturen für erziehungsschwierige Kinder, Kinder und Jugendliche mit psychiatrischen Diagnosen durch die Etablierung von spezialisierten "Reha-Klassen", auch standortübergreifend eingerichtet.
- In Schulen mit sozialen Herausforderungen wird das psychosoziale Supportpersonal durch multiprofessionelle Teams ausgebaut und die Öffnung der Schulpsychologie für Psychotherapeut:innen wird geprüft.

**Aber:** all diese Forderungen werden nur vorbehaltlich der budgetären Machbarkeit in Angriff genommen. Dies führt leider dazu, dass wir befürchten müssen, dass das Papier für dieses Bildungsprogramm zwar geduldig ist, die reale Umsetzung aber an der Finanzierung scheitert bzw. in Form von Pilotprojekten in Angriff genommen und nach der Pilotierung sang- und klanglos in den Tiefen der ministeriellen Schubladen verschwinden wird.

## **Demokratie und Wertebildung an Schulen: Anspruch und Realität im neuen Regierungsprogramm**

Die neue Regierung hat das Thema Demokratiebildung und Wertevermittlung in Schulen priorisiert. Demokratiebildung wird als Pflichtfach in der Sekundarstufe I eingeführt, es soll gezielt das Bewusstsein für die Grundlagen der liberalen Demokratie, Medienkompetenz, Wirtschaft, Finanzen und Gesundheit gefördert werden. Aber reicht das aus, um echte demokratische Teilhabe und gelebte Werte im Schulalltag zu verankern?

### **Das Positive: Ein Bekenntnis zur Demokratie – Jo eh!**

Dass die Demokratiebildung nun als eigenes Fach gelehrt wird, ist ein notwendiger Schritt in der gesamtgesellschaftlichen Gemengelage. Begrüßenswert ist, dass das nicht nur theoretische Inhalte, sondern auch praktische Demokratieprojekte wie Gedenkstättenbesuche gefördert werden. Dies ist besonders in Zeiten multipler Krisen und das Erstarken von autoritären und faschistischen Tendenzen notwendig. Schüler:innen und Pädagog:innen müssen sich aktiv mit Geschichte, Demokratie aber auch der Gegenwart auseinandersetzen können.

### **Herausforderungen und Kritikpunkte**

Kritisch aus unserer Perspektive ist jedoch, dass der Ausbau der schulpartnerschaftlichen Mitbestimmung nicht konsequent umgesetzt wird. Zwar sollen schulpartnerschaftliche Gremien gestärkt werden, jedoch bleibt unklar, wie die Mitbestimmung der Schüler:innen und Eltern in konkreten Entscheidungsprozessen ausgestaltet wird. Die Einführung eines Sanktionsmechanismus bei Nichteinhaltung der Mitwirkungspflichten der Eltern ist aus unserer Sicht abzulehnen. Repressalien fördern das Abdrängen von vulnerablen Personengruppen. Hier muss der Ausbau von Familien- und Erziehungsberatung sowie ein systemisches Betreuungsangebot für alle Betroffenen professionell installiert werden. Vergangenes staatliches Versagen darf nicht auf den Rücken von marginalisierten Gruppen mit Repressionen kompensiert werden.

Auch das Demokratieverständnis, das hinter der geplanten „österreichischen Fest- und Feiertagskultur“ steht, muss kritisch gesehen werden. Gerade in einer pluralistischen Gesellschaft sollte Wertebildung nicht nur tradierte Normen, wie z.B.: den Nikolo, reproduzieren, sondern auch Raum für Diversität und Vielfalt schaffen. Unsere normierten „Werte“ müssen Platz für neue Impulse schaffen und durch ein pluralistisches Gesellschaftssystem für alle einen Platz fördern um eine gemeinsame Weiterentwicklung zu ermöglichen.

### **Demokratie leben im Schulalltag**

Um Demokratie wirklich zu leben, braucht es mehr als nur ein Pflichtfach. Schüler:innen müssen echte Mitsprachemöglichkeiten haben – sei es bei der Schulentwicklung, im Unterrichtsalltag oder bei Projekten. Hier könnte die Regierung mutigere Schritte setzen, etwa durch Anreize für Schüler:innenparlamente oder demokratische Abstimmungsprozesse im Schulalltag.

Zusätzlich wäre eine stärkere Förderung der inklusiven Demokratiebildung notwendig. Demokratie muss für alle Schüler:innen erlebbar gemacht werden – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder sozialem Status. Multiprofessionelle Teams, wie sie im Programm vorgesehen sind, müssen konsequent ausgebaut und in das Schulsystem integriert werden.

#### **Fazit: Ein guter Start, aber noch Luft nach oben**

Das Regierungsprogramm bietet Ansätze für eine stärkere Verankerung von Demokratie in der schulischen Bildung, lässt jedoch konkrete Maßnahmen vermissen. Aus unserer Perspektive bleibt zu hoffen, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen in der Praxis tatsächlich zu mehr demokratischer Teilhabe für alle Beteiligten führt und nicht nur auf dem Papier bestehen bleibt. Es braucht Mut zur Demokratie – auch im Schulalltag!

Claudia Astner, Helmut Breit, Trixi Halama, Bernd Kniefacz, Bernhard Lahner

